

Millionen-Manet mit NS-Vergangenheit bleibt am Kunsthaus Zürich - das Museum selbst ist pleite

Mehr als zwanzig Jahre lang hat der Rechtsstreit um das vergiftete Erbe der Sammlung Bührle am Kunsthaus Zürich gedauert. Mit Echo in der ganzen Kunstwelt, mit einem Reputationsschaden, der nicht zu beziffern ist.

Nun ist es klar: «La Sultane», die Sultanin von Édouard Manet, wird nicht restituiert. Das Bild aus dem Besitz des jüdischen Sammlerehepaars Max und Johanna Silberberg - von der NSDAP verfolgt, enteignet, in Auschwitz ermordet - bleibt gegen Zahlung eines unklaren Betrags an die Alleinerbin und Schwiegertochter von Silberberg in Zürich. Gerta Silberberg hatte die Restitutionsforderung 2002 gestellt.

Stiftung Bührle leistet «symbolische Entschädigung»

Bezahlt hat die Entschädigung die Stiftung Sammlung Bührle, die am Kunsthaus, vornehmlich im neuen Chipperfield-Bau, einen Gutteil der Sammlung von Emil Bührle als Dauerleihgabe ausstellen darf. Über die Höhe des Ausgleichsbetrags wurde Stillschweigen vereinbart. In früheren Jahren wollte die Stiftung die Zahlung lediglich als «symbolische Entschädigung» verstanden wissen.

Wie viel soll das sein? Was den Marktwert des Bildes betrifft, kann man davon ausgehen, dass er im zweistelligen Millionenbereich liegt. Werke von Édouard Manet werden oft und gerne versteigert. Die erzielten Preise liegen bei bis zu 65 Millionen US-Dollar.

Der Ausgang des Rechtsstreits erstaunt nicht - und erstaunt doch. Zumindest vor dem Hintergrund der aktuellen Lage, in der sich das Kunsthaus Zürich befindet, wie am Dienstag publik wurde: De facto müsste das Museum Konkurs anmelden.

NS-verfolgungsbedingter Verkauf oder nicht?

Erwartbar war der Ausgang der Restitutionsforderung insofern, als sich die Stiftung Sammlung Bührle seit je gegen eine Rückgabe ausgesprochen hatte. Sie vertritt die Ansicht, dass Silberberg «Die Sultanin» 1937 nicht aus verfolgungsbedingten Gründen verkauft habe, sondern vor dem Hintergrund der damals herrschenden Weltwirtschaftskrise.

Anders bewerten es die Rechtsnachfolgerin sowie die deutsche Historikerin Monika Tatzkow, eine Expertin der Akte Silberberg. Ihren Recherchen entsprechend sei für den Verkauf des Bildes allein die NS-Verfolgung massgebend gewesen.

Nach aktuellem Forschungsstand bleibt zudem offen, ob Max und Johanna Silberberg den Kaufpreis von 17'800 Dollar überhaupt jemals zugestellt bekamen. Es existiert keine Adresse, an die die Zahlung erfolgte. Und wenn die Silberbergs das Geld je erhalten haben: Konnten sie denn darüber frei verfügen?

Bekannt ist lediglich, dass alles, was an Silberbergs Eigentum als «verwertbar» galt, in den Dreissigerjahren konfisziert oder vom Ehepaar selbst veräussert wurde. Ihre Kunstsammlung war erstklassig. In der Berliner Presse fand Max Silberberg Erwähnung als einer von vier Kunstsammlern, «die man in aller Welt kennt».

Die Akte Silberberg ist komplex, es gibt zu viele Leerstellen, um die Umstände des Verkaufs der «Sultanin» schlüssig nachzuvollziehen. Nachvollziehbar und unbestritten allerdings ist die Situation des Museums, in dem sich das Werk befindet. Das Kunsthaus in Zürich hat existenzielle Probleme finanzieller Art.

Jahresdefizit 2024 von über 1,5 Millionen Franken

Auch eine schlichte Meldung, wie am Dienstag versendet, kann es nicht kleinreden: Für 2024 beläuft sich das Jahresdefizit auf über 1,5 Millionen Franken. Das Haus ist de facto pleite, denn das Vermögen der Zürcher Kunstgesellschaft, das sich 2023 noch mit 4,5 Millionen im Minus befand, ist noch weiter ins Negative gerutscht.

Mit der Publikation der aktuellen Ergebnisse reden die Verantwortlichen zum ersten Mal Klartext. Philipp Hildebrand, Troubleshooter und Präsident der Zürcher Kunstgesellschaft, hat noch 2024 auf eine «proaktive Fundraising-Strategie» als einzigen Rettungsanker gesetzt. Daran glaubt inzwischen niemand mehr.

Denn einerlei, wie gut die Zahlen sind - die Ticketeinnahmen sowie die Erträge aus Partnerschaften belaufen sich für 2024 deutlich über dem Vorjahresniveau -, die laufenden Ausgaben sind zu hoch. Laut Kunsthaus lassen sie sich «insbesondere seit der Eröffnung des Erweiterungsbaus längerfristig nicht allein durch erhöhte Eigenenerträge finanzieren».

Zürich und sein Vorzeigemuseum stecken in der Bredouille

Weil man sich mit dem Chipperfield-Bau übernommen hat, wird das Kunsthaus Zürich in naher Zukunft bei Stadt und Kanton Zürich höhere Subventionen beantragen müssen. Genaueres macht das Museum erst nach der Generalversammlung am 26. Mai publik.

Fakt ist schon jetzt: Erst 2022 wurde von Stadt und Kanton eine Subventionserhöhung gutgeheissen. Aktuell unterstützt die Stadt das Haus mit 13,3 Millionen Franken, der Kanton mit 730'000 Franken jährlich.

Es ist paradox: Wie kann die Nutzniesserin des Museums, die Stiftung Sammlung Bührle, eine Zahlung für einen verrufenen Manet leisten, in einem Haus, das nicht weiss, wie es finanziell über die Runden kommt? In einem Museum zumal, das in der Bredouille steckt, weil es sich verschuldet hat, um die Bührle-Bilder aufzunehmen.

An der Generalversammlung am 26. Mai wird Klärung erwartet. Auf die neue, proaktive Strategie von Philipp Hildebrand ist man gespannt.